

6. Einführung von kostendeckenden Verkehrsabgaben für Velofahrer und Velofahrerinnen

Einzelinitiative Andreas Schlegel vom 12. September 2024

KR-Nr. 309/2024

Ratspräsident Jürg Sulser: Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraph 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Wird das Wort zur vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative gewünscht?

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ja, es ist interessant, heute haben wir tatsächlich Einzelinitiativen, die mal etwas zu reden geben, so auch diese. Es ist eigentlich eine ziemlich vernünftige Forderung, die hier auf dem Tisch liegt. Wie sieht denn die Situation bisher aus? Wir wissen es alle, das Auto finanziert via die Verkehrsabgaben, aber auch via die Mineralölsteuer und via die Vignette grundsätzlich die Verkehrsinfrastruktur. Das Velo nutzt diese Verkehrsinfrastruktur auch, das Velo trägt aber nichts zur Finanzierung bei. Bis anhin wurde diese Ungleichbehandlung grosszügig übersehen, man hat da nicht dagegen opponiert, wahrscheinlich deshalb, weil Velos wenig Platz einnehmen, weil sie keinen Lärm machen. Sie benutzen die Strasse halt einfach mit. Das war bisher so und das war bisher auch gut so. Nur hat sich in den letzten paar Jahren schon einiges verändert. Es gibt immer mehr Projekte, wo auf Kosten des Autos plötzlich Velostreifen gebaut werden. In der Stadt Zürich haben wir plötzlich Abbau von Spuren, dafür drei, vier Meter breite Velospuren, die dann entsprechend mal mehr, mal weniger genutzt werden. Diese Situation ist natürlich unschön, denn neu werden Veloinfrastrukturen gebaut, für die die Velofahrer nichts bezahlen und bei denen die Autofahrer sogar ihre eigene Benachteiligung finanzieren sollen.

Das ist nicht mehr länger akzeptabel, deshalb unterstützen wir grundsätzlich diese Einzelinitiative. Sie war eigentlich längst überfällig. Es ist eine allgemeine Anregung, das finden wir grundsätzlich sehr positiv. Denn dadurch müssen wir uns heute noch nicht darüber streiten, wie denn eine solche Abgabe für Fahrräder aussehen soll, das überlassen wir dann der Kommission. Und da haben wir dann schon auch noch unsere Inhalte, die wir da platzieren möchten. Was für uns absolut klar ist: Die SVP ist nie für die Einführung von neuen Steuern. Das soll aber keine neue Steuer sein, es soll eine Verteilung einer bestehenden Steuer sein, diese Abgabe muss kostenneutral sein. Am Schluss soll der Staat nicht mehr Geld einnehmen, die Steuer soll einfach auf mehr Schultern und auf mehr Verkehrsträger verteilt werden. Oder anders gesagt: Die fünfköpfige Familie, die heute Verkehrsabgaben für einen grossen Kombi oder für einen Minivan bezahlt, soll neu nicht einfach noch zusätzlich für fünf Velos Abgaben bezahlen müssen. Das muss irgendwie ausgeglichen sein, da werden wir unser Augenmerk darauf richten. Für heute unterstützen wir diese Einzelinitiative, tun Sie es uns gleich. Danke.

Doris Meier (FDP, Bassersdorf): Mobilität geht uns alle an, ob dies der motorisierte Individualverkehr, der öffentliche oder der Velo- und Fussverkehr ist. In den letzten Jahren haben wir im Kanton Zürich einen erfreulichen Anstieg des Veloverkehrs erlebt, eine Entwicklung, die wir begrüßen, da sie einen wichtigen Beitrag zu einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Mobilität leistet. Unsere Verkehrsinfrastruktur steht vor gewaltigen Herausforderungen und muss auch mit dem Wachstum des Veloverkehrs Schritt halten. Sichere Radwege, gut unterhaltene Velorouten und moderne Abstellmöglichkeiten sind essenziell. Diese Infrastruktur kostet Geld, da sie genauso wie Strassen und der öffentliche Verkehr finanziert werden muss.

Mit unserem Postulat im Jahr 2020 haben wir einen Bericht zur Mobilität nach dem Verursacherprinzip gefordert. In diesem Bericht wird klar aufgezeigt, dass der motorisierte Individualverkehr etwa 80 Prozent seiner Kosten selbst trägt, während der öffentliche Verkehr stark subventioniert wird. Velos verursachen zwar geringe externe Kosten, profitieren aber zunehmend von teuren Infrastrukturmassnahmen, die aus Steuermitteln finanziert werden. Es ist daher legitim zu prüfen, ob eine massvolle, verursachergerechte Abgabe für Velofahrende eingeführt werden soll. Dabei geht es nicht um Strafe, sondern um eine faire Finanzierung unserer Mobilitätsinfrastruktur. Auch wenn eine vollumfänglich kostendeckende Abgabe nicht realistisch sein wird, könnte eine moderate Lösung, etwa eine zweckgebundene, einfach umsetzbare Jahresabgabe, geprüft werden.

Einige von Ihnen erinnern sich sicher noch an die Zeiten, wo Sie Ihre Versicherung mit einem Kleber an die Velonummer oder später direkt auf Ihr Velo geklebt haben. Dies war mit wenig Aufwand für alle Velofahrenden möglich, die auch die Strasse benutzten. Bei der Umsetzung einer möglichen neuen Veloabgabe soll auch heute Augenmass bewiesen und eine einfache Lösung für die Zukunft erarbeitet werden, die nicht zu einem unverhältnismässigen bürokratischen Aufwand führen darf. Die FDP wird diese EI ergebnisoffen überweisen, damit eine sachliche Diskussion in der Kommission geführt werden kann. Wir leisten hier gerne unseren Beitrag, damit sich der Kanton Zürich in Zukunft weiterhin sichere, moderne und von allen Beteiligten angemessene finanzierte Infrastrukturen leisten kann.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ich bin immer wieder erstaunt, was ich am Montagmorgen höre. Einerseits haben wir Parteien wie die SVP und die FDP, die sagen: Abgaben sind des Teufels, Abgaben abschaffen! Bitte keine neuen Steuern, nicht neues Geld vom Staat einziehen, es ist ganz schlimm! Aber wenn es dann ums Velo geht: Ach nein, wir könnten noch, wir sollten doch noch ein paar Velofahrer schröpfen. Ja, wir könnten da noch mit etwas mehr Abgaben kommen. Ach stimmt, diese Velos nerven sowieso, wir sollten sie mal etwas bestrafen. Machen wir eine kleine Strafsteuer! Also manchmal komme ich da nicht ganz draus. Also entweder sind Sie gegen Abgaben, finden sie grundsätzlich alle des Teufels, aber dann sollten Sie es übrigens auch bei Velos sein. Dann müssten Sie, wenn

schon, sagen: Wenn es welche gäbe, müsste man sie abschaffen, aber nicht neue fordern. Also ich bin, ehrlich gesagt, daher schon mal grundsätzlich erstaunt, dass diese Parteien diese EI unterstützen wollen, weil sie diese eigentlich aus einer fundamentalen Überlegung nie unterstützen dürften.

Gehen wir zum Punkt mit dem Velo: Es ist auch aus Sicht des Strassenfonds eigentlich absurd, wenn man so etwas fordert. Wir kämpfen darum, dass mehr Leute aufs Velo umsteigen, aus verschiedenen Gründen. Es ist gut für die Gesundheit der Leute. Wenn wir die Klimaziele im Verkehr irgendwie erreichen wollen, dass dort der CO₂-Ausstoss sinkt, müssen mehr Leute aufs Velo. Und es ist auch eine Kostenfrage, denn wenn man sieht, wie ein Velo eine Strasse abnutzt, ist das im Vergleich zu einem Auto quasi vernachlässigbar. Wenn man eine substanzielle Verlagerung vom Autoverkehr Richtung Velo schafft, dann wird man letztendlich die Infrastrukturkosten im Strassenbereich senken, da Velos die Strassen weniger belasten. Also ist es eigentlich sinnvoll, dass mehr Leute Velo fahren, wenn man mehr Geld für die Strassen hat und sie länger halten. Wieso man dann unbedingt mit einer Abgabe für Velofahrer noch mehr Leute vom Velofahren aktiv abhalten will, ist mir wirklich schleierhaft. Ich glaube, hier hat sich mal jemand hinter dem Lenkrad über einen Velofahrer genervt und so kamen dann diese Fraktionsentscheide zustande, anders lässt sich das nicht erklären.

Machen Sie es wie wir, unterstützen Sie diese EI nicht. Sorgen Sie für Ratseffizienz, bemühen Sie die Kommission mit dieser EI nicht und vergessen Sie, diesen Knopf zu drücken. Herzlichen Dank.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Die GLP ist eine Partei, welche für ökologisch und ökonomisch sinnvolle Lösungen steht. Prüfen wir also diese EI auf diese zwei Kriterien.

Ökologie: Vor allem bei Kurzstrecken macht es Sinn, aufs Fahrrad zu steigen, die Umwelt dankt es. Aus ökologischer Sicht ist es also sicher nicht sinnvoll, den Veloverkehr nun zur Kasse zu bitten.

Ökonomisch: Laut Verkehrsabgabegesetz sind Hubraum und Gewicht für die Höhe der Verkehrsabgabe massgebend. Hubraum bei Fahrrädern? Ich bin technisch zwar kein Experte, sehe aber keine Möglichkeit, hier etwas zu besteuern. Oder sind da Beinlänge und Oberschenkeldichte gemeint? Bleibt also das Gewicht. 1200 Kilogramm Kleinwagen kosten, glaube ich, etwa 50 Franken. Würden die Velos gerecht besteuert, kämen wir also auf weniger als 10 Franken pro Fahrrad pro Jahr. Für diesen geringen Betrag müsste man einen Bürokratieapparat aufbauen, der sicher mehr als 10 Franken pro Fahrrad verschlingt. Es macht doch keinen Sinn, Geld einzutreiben, um es dann gleich wieder zu vernichten. Würde man die Fahrräder höher besteuern, käme diese Vorlage einer Strafaktion gegenüber Velofahrerinnen und Velofahrern gleich, und das wollen wir nicht. Man müsste wohl auch die allgemeinen Fahrzeugabgaben erhöhen, wenn man die Velos besteuern will. Dies wäre aber wohl kaum im Sinn der Befürworter der Einzelinitiative.

Diese Einzelinitiative macht, so wie sie daherkommt, ökologisch und ökonomisch keinen Sinn, auch wenn sie als allgemeine Anregung formuliert ist. Es erstaunt Sie deshalb sicher nicht, dass die GLP eine solche Initiative nicht unterstützt.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Wie sind Sie heute Morgen hierhergekommen? Ich zumindest mit dem Fahrrad. Und die meisten Velowege, die ich benutzt habe, waren kommunale Strassen. Dabei werden diese heute über die Steuern finanziert, weshalb auch Fahrradfahrerinnen und -fahrer bereits einen Beitrag an den Strassenbau leisten, dies zum Sprecher der SVP. Ausserdem ist es nicht so, dass nur Radfahrerinnen und Radfahrer selbst von einer ausgebauten Fahrradinfrastruktur profitieren würden. Wenn ein Autofahrer auf das Rad umsteigt, entlastet er die Strassen, wovon der motorisierte Verkehr profitiert. Dies führt zu weniger Stau und ist somit hinsichtlich der Kapazitätsauslastung der Strassen erwünscht. Gleichzeitig ist die Abnutzung der Infrastruktur durch das Fahrrad im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr fast vernachlässigbar, was sich auch in den Investitionskosten widerspiegelt.

Der Einzelinitiant fordert im Vorstoss eine kostendeckende Verkehrsabgabe für Fahrradfahrerinnen und -fahrer. In der NZZ lässt er sich aber wie folgt zitieren: «Mit Ausnahme der Fussgänger sollen sich alle Verkehrsteilnehmer am Ausbau der Strassen beteiligen.» Dies wirkt ein bisschen widersprüchlich. Sollen den Trottinettfahrerinnen und Rollerblader auch besteuert werden? Wie sieht es mit dem Baby im Kinderwagen aus oder dem Senior am Rollator? Und wenn über die Kosten diskutiert wird, dann müssen auch die externen Kosten einbezogen werden. Und dort kommt das Fahrrad sehr viel besser weg als das Auto. Gleichzeitig wurden diese externen Kosten in der Vergangenheit massiv unterschätzt. Und das sage ich nicht als Grüner, das sagen die jüngsten Zahlen des Bundes aus dem Departement von Albert Rösti (*Bundesrat*). Denn beim Auto gibt es heute rund 16,5 Rappen ungedeckte Kosten pro Personenkilometer, beim Velo hingegen gibt es einen Nutzen von 26,8 Rappen für die Allgemeinheit. Der Einzelinitiant müsste also keine neue Steuern für das Fahrrad fordern, sondern eher vielleicht höhere Mineralsteuern. Oder wie wäre es mit Steuersenkungen für Fahrradfahrerinnen und -fahrer? Die Zahlen des Bundes zeigen ebenfalls auf, dass mit rund 7 Milliarden Franken das Klima den grössten Anteil der externen Kosten ausmacht, gefolgt von den Gesundheitskosten durch Luftverschmutzung mit rund 6 Milliarden. Es ist deshalb sowohl ökologisch, gesundheitspolitisch wie auch aus finanziellen Gründen erwünscht, dass die Bevölkerung vermehrt das Fahrrad nimmt, wobei dessen Besteuerung dazu im Widerspruch steht.

Und wenn wir schon beim finanziellen Aspekt sind: Die Herausgabe der Berechtigung mit Vignetten, die Sicherstellung und Bewirtschaftung der Einnahmen und insbesondere auch die Kontrollen und Abgrenzungsfragen würden einen administrativen Ausbau mit mehr Personal und zusätzlichem Sachaufwand nach sich ziehen, ein wahres Bürokratiemonster. Würde der Kanton Zürich als einziger Kanton Steuern für Fahrradfahrer einführen, zöge dies einen erheblichen Kontrollaufwand nach sich. Der Fahrradverkehr ist kantonsübergreifend und macht

nicht an der Grenze halt. Nie liesse sich kontrollieren, ob Fahrräder auf Zürcher Strassen inner- oder ausserkantonaler Herkunft sind, und die Umkehrmöglichkeiten wären deshalb erheblich. Das schweizerische Strassenverkehrsrecht erhält keine Regelungen, wie Fahrräder gekennzeichnet werden müssen. So ist auch die Standardbestimmung eines Fahrrades ohne Kontrollschild nicht umsetzbar. Wir Grünen werden diesen Vorstoss deshalb nicht unterstützen. Herzlichen Dank.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Selbstverständlich wird auch die Mitte diese Einzelinitiative nicht unterstützen, und zwar, weil wir die Partei sind, die gegen neue Steuern und Abgaben ist (*Heiterkeit*). Nein, aber – wir haben es gehört – wir wären der erste Kanton, der sowas einführt. Jeder Velofahrer entlastet das Strassennetz, und nicht nur das. Jeder Velofahrer, alle, die Velo fahren, entlasten auch das Gesundheitswesen. Das ist nämlich gesundheitsförderlich, ausser sie bauen einen Unfall. Eigentlich sollten die Velofahrer nicht bestraft werden, sondern noch eine Prämie bekommen. Aber wir sehen auch Probleme in der praktischen Umsetzung, das haben wir auch schon gehört. Wollen Sie die neuen Steuern und Abgaben an die Person binden? Wollen Sie es an die Anzahl Velos, die in einem Haushalt sind, binden? Wie wollen Sie das vernünftigerweise machen? Wir sind gegen die Überweisung.

Gianna Berger (AL, Zürich): Wenn Velofahrerinnen und Velofahrer jetzt eine Steuer zahlen sollen, dann freue ich mich schon auf das, was wir bekommen werden. Breite, lückenlose Velowege mit Überholspuren, Pannestreifen und einem Winterdienst, der nicht nur für Autos, sondern auch für Velos funktioniert. Denn die Realität sieht anders aus. Viele Velowege sind zu schmal, enden plötzlich oder existieren gar nicht. Diese Initiative versucht uns einzureden, dass Velofahrende nicht genug bezahlen. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Wer mit dem Velo unterwegs ist, entlastet den Verkehr, senkt die Gesundheitskosten und hilft sogar, die Klimaziele zu erreichen. Anstatt diesen Beitrag anzuerkennen und zu fördern, soll nun eine unnötige Steuer eingeführt werden. Wer sich klimafreundlich fortbewegt, verdient unserer Meinung nach Unterstützung und keine Schikane. Die gleichen Kreise, die hier eine Benutzerfinanzierung für Velos fordern, wehren sich sonst vehement gegen Abgaben für Autofahrende, sei es bei Park- oder Mautgebühren. Das ist keine faire Verkehrs-, sondern einseitige Interessenpolitik. Schon heute finanzieren wir alle mit unseren Steuern die Strassen, unabhängig davon, ob wir Auto fahren oder nicht. Die Strasseninfrastruktur der Gemeinden wird vollständig aus allgemeinen Steuereinnahmen bezahlt. Dabei machen Gemeindestrassen mit 72 Prozent den grössten Anteil am gesamten Strassennetz aus. Das bedeutet, alle Steuerzahlenden, egal ob sie Auto fahren oder nicht, tragen längst zur Finanzierung der Strasseninfrastruktur bei. Eine zusätzliche Velosteuer wäre nichts anderes als eine absurde Doppelbesteuerung. Und wenn das Prinzip gilt, dass alle zahlen müssen, die öffentliche Infrastruktur nutzen, dann müssen wir ja gleich weitermachen mit einer Gehweg-Vignette für Fussgängerinnen, ei-

ner Jahresgebühr für Trottinets oder vielleicht eine Sondersteuer für Kinderwagen, weil sie besonders viel Platz auf dem Trottoir brauchen. Genauso absurd ist diese Velosteuer.

Für viele Menschen ist das Velo zudem die einzig erschwingliche Alternative zum teuren ÖV oder Auto. Während Autofahrende von steuerlichen Vorteilen wie Pendlerabzügen und Gratisparkplätzen profitieren, sollen Velofahrende jetzt extra bezahlen? Das ist nicht nur unsinnig, sondern auch etwas asozial. Das Velo ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel, eine Steuer darauf eine Bestrafung für klimafreundliches Verhalten, während Milliarden in den Autoverkehr fliessen. Wir lehnen diese Initiative entschieden ab.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 309/2024 stimmen 69 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht worden. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Die Einzelinitiative wird an den Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.